57. Jahrgang No. 552

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 25. November 1909

Die Schneckenpost.

Berlin, die Stadt der Sehenswürdigkeiten und ständig wechselnden Sensationen, ist um eine eigenartige Erscheinung reicher geworden. Wir meinen die Schneckenpost, deren es sich seit einiger Zeit erfreut. Einige besonders drastische Beispiele für die Langsamkeit der Briefbestellung haben wir kürzlich hier angeführt. Wir haben festgestellt, daß ein Brief, der in Berlin nachmittags um vier Uhr nach Tempelhof (mit der Straßenbahn in zwanzig Minuten zu erreichen) geschickt wird, dort später in die Hände des Empfängers gelangt, als ein Brief, der abends zehn Uhr nach Breslau geschickt wird.

Im Weichbilde von Berlin gebraucht ein Brief jetzt durchschnittlich fünf Stunden, im Verkehr Berlins mit den Vororten mindestens sieben bis acht Stunden, unter Umständen, wie von uns durch Tatsachen belegt worden ist, noch länger. Unter Stephan wäre so etwas unmöglich gewesen; drei Stunden waren damals für einen Stadtbrief eine lange Beförderungszeit.

Die Bestellung der Briefe in der City hat sich gleichfalls verschlechtert, obgleich die Arbeit des Stempels bei der Ankunft fortgefallen ist. Wer in Berlin jetzt nach drei Uhr nachmittags, in den Außenbezirken nach zwei Uhr, einen Brief aufgibt, darf nicht mehr mit Gewißheit auf Bestellung an demselben Tage hoffen. Wer von der Berliner City nach den westlichen nahen Vororten schreibt, muß den Brief mittags aufgeben, wenn er noch abends bestellt werden soll. Bei den nördlichen Vororten und den weitergelegenen muß die Aufgabe schon in den Vormittagsstunden erfolgen. Es kommt vor, daß Briefe, die nachts vor der letzten Leerung des Tages in Berlin aufgegeben werden, erst gegen elf Uhr am anderen Vormittag bestellt werden. Für Rohrpostbriefe braucht die Post in Berlin sechzig bis siebzig Minuten Durchschnittsdauer, auch solche Briefe von einem Amt zum anderen benötigen diese Zeit, obwohl sie im ungünstigsten Falle nur zehn Minuten Beförderungsdauer von Amt zu Amt gebrauchen. Ein Messengerboy besorgt den Brief in zehn Minuten, deshalb soll er von der Post auch als Konkurrenz, die mit unlauteren Mitteln arbeitet, verklagt werden. Ein Brief, der zur Bestellung in demselben Bestellbezirk des Absenders und Empfängers aufgegeben wird, kann zwei bis zweieinhalb Stunden Zeit brauchen, wenn dem Bestellpostamt nicht die Kastenleerung obliegt. Zum Beispiel: A aus der Werftstraße schreibt an B in der Flemmingstraße, beide Straßen gehören zum Amt 52. Die Briefe werden von Amt 40 abgeholt, nach dem Lehrter Bahnhof gebracht, von dort nach Amt 52 zurückgebracht und dieses übernimmt die Bestellung. Die Briefschreiber wohnen zwei Minuten vom Postamt, die Briefe müssen aber erst drei Kilometer Umweg machen.

Vielleicht würden sich die Berliner daran gewöhnen, ihre Lokalbriefe über Magdeburg oder Hannover nach Berlin zu schicken. Das heißt: X in der Invalidenstraße will an Y, der in der Potsdamer Straße wohnt, möglichst schnell einen Brief gelangen lassen. Er schreibt infolgedessen den Brief an einen in Hannover wohnenden Freund mit der Bitte, den Brief sofort an Y nach Berlin weiterzuschicken. Dann erhält Y in Berlin den Brief über Hannover unter Umständen eher, als wenn er an ihn in Berlin direkt geschickt würde. Die Berliner, sagten wir, würden sich vielleicht an diese Methode des postalischen Verkehrs unter einander gewöhnen, wenn die Portoverteuerung nicht wäre.

Die Nachricht von dem Rücktritt Krätkes bestätigt sich immer noch nicht.

Für 15 Millionen Diamanten!

Dernburgs berühmte afrikanische Dattelkiste scheint sich in eine Diamantenjachtel zu verwandeln. Im Etat für Südwestafrika rechnet man nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Ausfuhr und einem Verkaufe von 550,000 Karat Diamanten im Jahre 1910. Für das Karat ist durchschnittlich bisher ein Erlös von 28 Mark erzielt worden. Der Ausfuhrzoll in Höhe von 33⅓ vom Hundert ergibt rund 4,800,000 Mark. Die Einnahmen aus der Bergverwaltung sind auf 1,701,000 Mark (+ 1,643,350 Mark) geschätzt. Das Mehr ist im wesentlichen auf die Einnahmen aus dem Diamantenbergbau zurückzuführen. Zur Verhütung des Schmuggels im Diamantengebiet sind unter den Ausgaben 50,000 Mark eingestellt.

Die Rechnung mit den 15 Millionen für Diamanten klingt recht verheißungsvoll; hoffentlich verwirklicht sie sich.

Ein Landrat ist kein Schücking!

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Saldern, Vertreter des Wahlkreises Königsberg in der Neumark, ist schwer erkrankt. An seiner Stelle sprach dieser Tage der Landtagsabgeordnete des Kreises, Landrat v. d. Osten, über die Reichsfinanzreform, wobei er in der bekannten Weise die Politik der konservativen Fraktion verteidigte. Dabei entschlüpfte ihm das interessante Geständnis, obwohl er mit den Regierungsmaßnahmen nicht einverstanden sei, so möge man doch von ihm nicht eine maßlose Kritik der Regierung erwarten, er wisse, was er seinen vorgesetzten Dienstbehörden schuldig sei; Schückings gebe es in der konservativen Partei nicht. Herr v. d. Osten hat damit naiv zugestanden, daß sich Landräte ganz und gar nicht zu Volksvertretern eignen. Das möge er selbst bedenken, wenn er etwa noch ein Reichstagsmandat zu seinem Landtagssitz erstreben sollte!

Der Kaiser und der Herzog von Meiningen. Der Kaiser hat den Herzog Georg von Meiningen eingeladen, der Taufe des neuen Linienschiffes „Ersatz Beowulf“ in Bremen beizuwohnen oder einen Vertreter zu entsenden. Der Herzog hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter seinen Sohn, den Prinzen Friedrich, beauftragt, an den Tauffeierlichkeiten in seinem Namen teilzunehmen. — Zwischen den Höfen von Berlin-Potsdam und Meiningen besteht wie bekannt, wegen der Ehe des Herzogs mit der Freifrau v. Heldburg, der früheren Schauspielerin Ellen Franz, eine tiefe Verstimmung.

Der Kaiser an der russischen Grenze. Aus Neudeck, 24. November, wird gemeldet: Als der Kaiser heute an der russischen Grenze jagte, wurde er von einer Abteilung der russischen Grenzwache, die unter dem Befehl eines Oberleutnants Paradeaufstellung genommen hatte, begrüßt. Der Kaiser dankte mit militärischem Gruß.

Vom Kanalbau Berlin—Stettin. Ueber die Bauarbeiten am Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt: Im laufenden Baujahre sind die Arbeiten rüstig fortgeschritten. An dem Ausbau des Kanalbettes wurde auf der ganzen Linie gearbeitet; es waren dabei außer zahlreichen Handarbeitern sieben große Trockenbagger und sieben Maßbagger beschäftigt. Der Aushubboden wird teils in Dämmen längs des Kanals abgelagert, teils wird er, mit Wasser verdünnt, durch Rohrleitungen auf benachbarte Flächen, die der Aufhöhung bedürfen, gedrückt. Auch mit der auf 25 Kilometer erforderlichen Einbringung einer Tondichtung ist begonnen worden. Der Ton wird in grubenfeuchtem Zustande in dünnen Lagen von 10 bis 20 Zentimeter Stärke aufgebracht und mit Motorwalzen von 5½ Tonnen Gewicht gewalzt.

Gleichen Schritt mit den Erdarbeiten hat die Herstellung der Bauwerke gehalten. Für eine große Zahl von Brücken sind die beiden massiven Landpfeiler fertiggestellt, bei einigen Brücken erfolgt bereits die Aufstellung des eisernen Ueberbaues. Bei den Plötzensee-Schleusen, der Spandauer- und der Lehnitzschleuse sind die Betonierungsarbeiten noch in vollem Gange.

Die deutsch-englische Trinkspruchfreundschaft.

Eine neue Kundgebung für ein friedliches Zusammengehen Deutschlands und Englands wurde gestern in London bei einem von der dortigen Handelskammer gegebenen Festmahl veranstaltet. Es wird uns darüber berichtet:

An dem Festmahl nahmen der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich, der deutsche Reichstagsabgeordnete Kämpf, der Direktor des Norddeutschen Lloyd Heinecken und andere teil. Nach den Toasten wurde eine Debatte über die deutsch-englischen Beziehungen durch den Vorsitzenden Charleton eröffnet, der erklärte, daß der Zweck der Debatte sei, die Handelsinteressen zu verknüpfen. Er hoffe, der internationale Kongreß des nächsten Jahres, auf dem ungefähr zwanzig Nationen vertreten sein würden, würde zu einer besseren Gesinnung unter allen Völkern und zu einem besseren Verständnis, besonders in Handelsangelegenheiten, führen. In Fragen des kaufmännischen und technischen Unterrichts könnte England noch viel von Deutschland lernen.

Hierauf ergriff Reichstagsabgeordneter Kämpf das Wort zu einer Rede, in der er folgendes ausführte: Handel und Industrie entwickeln sich von Jahr zu Jahr mehr in internationalen Bahnen. Aber während im Interesse des internationalen Verkehrs alle Hindernisse beseitigt werden sollten, sehen wir, daß verschiedene Nationen durch ihre Wirtschaftspolitik hohe Wälle und Barrieren von Zöllen aufgerichtet haben, und sich anschicken, diese Wälle und Barrieren noch zu erhöhen und sie nahezu unübersteiglich zu machen. Die Geschichte der Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahren zeigt, daß das Erhöhen der Zölle in verschiedenen Ländern zu einer langen und beinahe ununterbrochenen Gewohnheit geworden ist. Dieses System des Hochschutzzolls muß, wenn es fortgesetzt wird, schließlich

eine Schraube ohne Ende

werden, deren Wirkungen unerträglich sind. Ich persönlich bin überzeugt, daß auf dem Kontinent die Periode des Hochschutzzolles sich notwendigerweise ihrem Ende nähern muß wegen der Unerträglichkeiten und Uebertreibungen, die sich darin mehr und mehr fühlbar machen. Ein altes Wort sagt, daß der Handel der Pionier der Zivilisation ist. Niemals mehr als jetzt erweist sich dieses Wort als wahr. Die Prosperität des internationalen Handels beruht auf freundschaftlichen Beziehungen zwischen Personen und Nationen. Meine deutschen Freunde und ich erkennen daher die von der Londoner Handelskammer mehr als einmal gemachten Bemühungen mit Dank an, persönliche Beziehungen zwischen kaufmännischen Vertretern aller Länder herzustellen, und wir haben Ihre Einladung mit umso größerer Freude angenommen, als uns dies die Gelegenheit gibt, noch einmal auszusprechen, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um nicht nur gute und freundliche, sondern herzliche Beziehungen mit der britischen Nation aufrechtzuerhalten.

Der nächste Redner, Direktor Heinecken vom Norddeutschen Lloyd, erklärte, elektrische Kabel und Schnelldampfer zwängen alle Völker der Welt, eine Art Mitbürger zu werden.

Zum Schluß hielt der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich eine Ansprache, in der er sagte: Die Versammlung habe der Welt gezeigt, daß die Handelsbeziehungen der beiden Länder freundschaftlicher Art wären. Sie hofften, sie würden ein Vorbild sein für die allgemeinen Beziehungen zwischen Deutschland und England und würden zur Stärkung des freundschaftlichen Verhältnisses beitragen, das für die beiden Länder nützlich und für den Frieden und die Wohlfahrt der Welt notwendig sei.

Rosebery gegen die Landlords.

Das Hauptereignis der gestrigen Budgetdebatte des englischen Oberhauses bildete die Rede des ehemaligen Premierministers Lord Rosebery, der sich, wie wir bereits kurz berichteten, gegen die Resolution Lansdowne aussprach. Er erklärte unter anderem:

Die Lords spielten ein zu gefährliches Spiel und riskierten sogar die Existenz des Oberhauses. Er erinnere daran, daß ein bedeutender Teil der öffentlichen Meinung des Lords äußerst feindlich gesinnt sei, und daß die Drohungen aus Kreisen kämen, die nur eine, einzige Kammer wünschten. Mit einer Verzögerung oder mit einer Verwerfung des Budgets würden die Lords gerade das tun, was ihre Feinde wünschten.

Lord Rosebery, der früher selbst an der Spitze eines liberalen Kabinetts gestanden hatte, ist in der letzten Zeit mehrfach als entschiedener Gegner des jetzigen Kabinetts hervorgetreten. Mit seinem offenen Eintreten für den Standpunkt des Kabinetts Asquith haben sich die Aussichten der Regierung bedeutend verbessert.

Gegen die klerikale Hetze,

die jetzt namentlich von den französischen Bischöfen gegen die durch die Trennung von Staat und Kirche geschaffenen Zustände geführt wird, wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe der französische Kolonialminister Trouillot in einer Rede, die er gestern in Paris bei einem Bankett der republikanisch-demokratischen Allianz hielt. Der Minister erklärte, die französischen Bischöfe wollten offenbar im Hinblick auf die bevorstehenden Kammerwahlen die Bevölkerung in Aufregung versetzen. Es habe den Anschein, als ob man die Leidenschaften des Bürgerkrieges entfachen wolle. Wir werden nicht dulden, sagte der Minister, daß man gegen Gesetze, Lehrer und Schulbücher Krieg führt. Wir werden vielleicht genötigt sein, die Schulen der Gegner, ihre Lehrer und ihre Lehrbücher zu überwachen, die sich durch falsche Darstellung der Geschichte bemühen, den Haß unter den Bürgern zu schüren.

Ein nationaler Beamtenverband in Frankreich.

Wie aus Paris berichtet wird, beschloß gestern abend die Mehrheit des Ausschusses der Vereinigung der Staats- und Gemeindebeamten nach stürmischer Erörterung, einen nationalen Beamtenverband zu gründen, der hauptsächlich den Zweck verfolgen soll, durch einheitliches Vorgehen die Verwirklichung der Forderungen der Beamten zu erleichtern. Mehrere Ausschußmitglieder meldeten infolge dieses Beschlusses den Austritt aus der Vereinigung an. Der neugegründete Verband wurde von mehreren Rednern als allgemeiner Arbeitsverband des Verwaltungsproletariats bezeichnet.

Die Tschechen gegen Deutschland.

Die Deutschland-freundliche Politik Oesterreichs bekämpfte in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses der Nationaltscheche Kramarz, dessen Vorfahren einst den gut deutschen Namen „Kramer“ geführt haben. Herr Kramarz führte aus:

Wenn wir Dank der Politik unseres Auswärtigen Amtes an Deutschland so geleitet sind, daß Oesterreich für ziemlich lange Zeit verurteilt ist, Politik ad Germaniae gloriam (zum Ruhme Deutschlands) zu machen, dann muß die eine staatsmännische Regierung diese Politik der slawischen Bevölkerungsmajorität erträglich zu machen suchen, nicht aber sie im Namen dieses Bündnisses drangsalieren. Dieser Majorität wegen ist eine Regierung deutscher Parteimänner, die nur als Anhängsel zwei polnische Minister hat, unmöglich. Wir wollen eine Regierung, deren Zusammensetzung schon gewährleistet, daß endlich mit allen Völkern und nicht gegen die Majorität aller Völker regiert werden soll.

Der deutsch-böhmische Abgeordnete Pergelt trat dem Tschechen Kramer genannt Kramarz mit Entschiedenheit entgegen. Er betonte, daß eine Politik in der von Kramarz gewünschten Richtung Oesterreich-Ungarn ruinieren würde. Die seit 1878 von Oesterreich-Ungarn betriebene Politik habe den europäischen Frieden erhalten.

Ein russisches Panama.

Ein Aufsehen erregender Vorfall, der die in Rußland herrschende Korruption besonders treffend kennzeichnet, wurde in der gestrigen Abendsitzung der russischen Reichsduma verhandelt. Aus Petersburg wird darüber berichtet:

Die Duma verhandelte über den Antrag, eine Interpellation an den Handelsminister zu richten wegen der dem Bergrecht und den zurzeit geltenden Pachtregeln zuwiderlaufenden Verpachtungen von Parzellen naphthahaltigen Bodens an den Generaladjutant Major Sjenjawin, den Jägermeister Mamontow, den Oberjägermeister Golenischew-Kutusow-Tolstoi und an die kaukasische Industriekompagnie. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Timirjasew, der zum letzten Mal als Handelsminister vor die Duma trat, erklärte, die Interpellation sei besonders ernst, da sie nicht von der Linken sondern von den Oktobristen ausgehe. Die Regierung habe nicht gesetzwidrig (?) gehandelt. Zu der kaiserlichen Bestätigung sei ausdrücklich gesagt worden, die Fälle sollten keine Präzedenzfälle sein. Der Handelsminister fügte wörtlich hinzu: „Die Gnade des Monarchen sei in allen Monarchien die strahlendste Prärogative der allerhöchsten Gewalt. Wenn jemals die Gnade des Monarchen auch treuen Dienern des Monarchen zuteil geworden ist, Rußland wird darunter nicht leiden.“

Die Duma beschloß, die Ausführungen des Ministers sogleich zu besprechen. Da der nächste Redner, der Oktobrist Dmitrinkow, der als Erster die Interpellation unterzeichnet hatte, auf die kaiserlichen Resolutionen einging, unterbrach ihn der Präsident mit der Bitte, diese Fragen nicht zu berühren. Den Minister zu unterbrechen, sei er nicht berechtigt gewesen, den Redner zu unterbrechen, sei er verpflichtet.

Die Debatte wird am nächsten Mittwoch fortgesetzt werden.

Man ersieht aus diesem Vorfall mit aller Deutlichkeit, daß die Günstlingswirtschaft in Rußland wieder in voller Blüte steht. Der bisherige Handelsminister Timirjasew, der diese Handlungen geduldet hat, hat bereits seinen Lohn erhalten. Er ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, zum Oberhofmeister ernannt worden.

Teheran, 25. November. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Schiras sind die russischen Konsuln Paffet und Radulowsky auf der Reise nach Buschir gestern abend zwischen Khanzenan und Daschterjun von Nomaden angegriffen